

Sonderkündigung nach Preiserhöhung

Kündigung im Anschluss an eine angekündigte Preis- oder Beitragserhöhung, mit Bezug auf die Mitteilung des Anbieters.

Betreff: Kündigung nach Ihrer Preisanpassung vom [Datum]

IHR NAME UND IHRE ANSCHRIFT

NAME UND ANSCHRIFT DES EMPFÄNGERS

ORT, DATUM

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Ihrem nachstehend bezeichneten Schreiben haben Sie mir eine Anpassung des Preises bzw. Beitrags mitgeteilt. Der Anpassung stimme ich nicht zu und kündige den Vertrag aus diesem Anlass zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

DATUM UND BEZEICHNUNG IHRER MITTEILUNG ÜBER DIE ANPASSUNG

KUNDEN- UND VERTRAGSNUMMER

Ich bitte um Bestätigung, zu welchem Datum der Vertrag endet, und um Mitteilung, zu welchen Bedingungen die Belieferung bzw. der Versicherungsschutz bis dahin fortgeführt wird. Eine Abrechnung zum erhöhten Preis für Zeiträume nach dem Vertragsende widerspreche ich.

Bitte bestätigen Sie mir den Eingang dieser Kündigung sowie das Datum, zu dem das Vertragsverhältnis endet, schriftlich.

Mit freundlichen Grüßen

[Unterschrift]

[Name in Druckbuchstaben]

Vor der Verwendung prüfen

- 01 Ob ein Sonderkündigungsrecht besteht und wie lange es nach der Mitteilung ausgeübt werden kann, richtet sich nach dem Vertrag und der jeweiligen Regelung. Beides ist zu prüfen, und die Frist ist oft kurz.
- 02 Bewahren Sie die Mitteilung über die Erhöhung auf. Sie ist der Anknüpfungspunkt der Kündigung.
- 03 Prüfen Sie, ob die Erhöhung überhaupt wirksam angekündigt wurde. Ist sie es nicht, kann statt einer Kündigung ein Widerspruch der richtige Weg sein.
- 04 Bewahren Sie einen Nachweis über den Versand und den Zugang auf. Ohne Zugangsnachweis ist eine Kündigung im Streitfall kaum zu belegen.
- 05 Prüfen Sie, ob eine Bestätigung eingeht. Bleibt sie aus, sollten Sie nachfassen und nicht auf den Fristablauf vertrauen.

Rechtlicher Hinweis

Muster ohne Prüfung des Einzelfalls. Diese Vorlage ist ein allgemeines Formulierungsbeispiel und stellt keine Rechtsberatung dar. Ob sie für Ihren Sachverhalt geeignet ist, welche Fristen und Formerfordernisse gelten und welche Angaben ergänzt werden müssen, lässt sich nur nach Prüfung des konkreten Falls beurteilen. Die Verwendung begründet kein Mandatsverhältnis.